

PORTRÄT

Vom König aller Ausbrecher zum Justizminister?

Von Michael Schmölzer

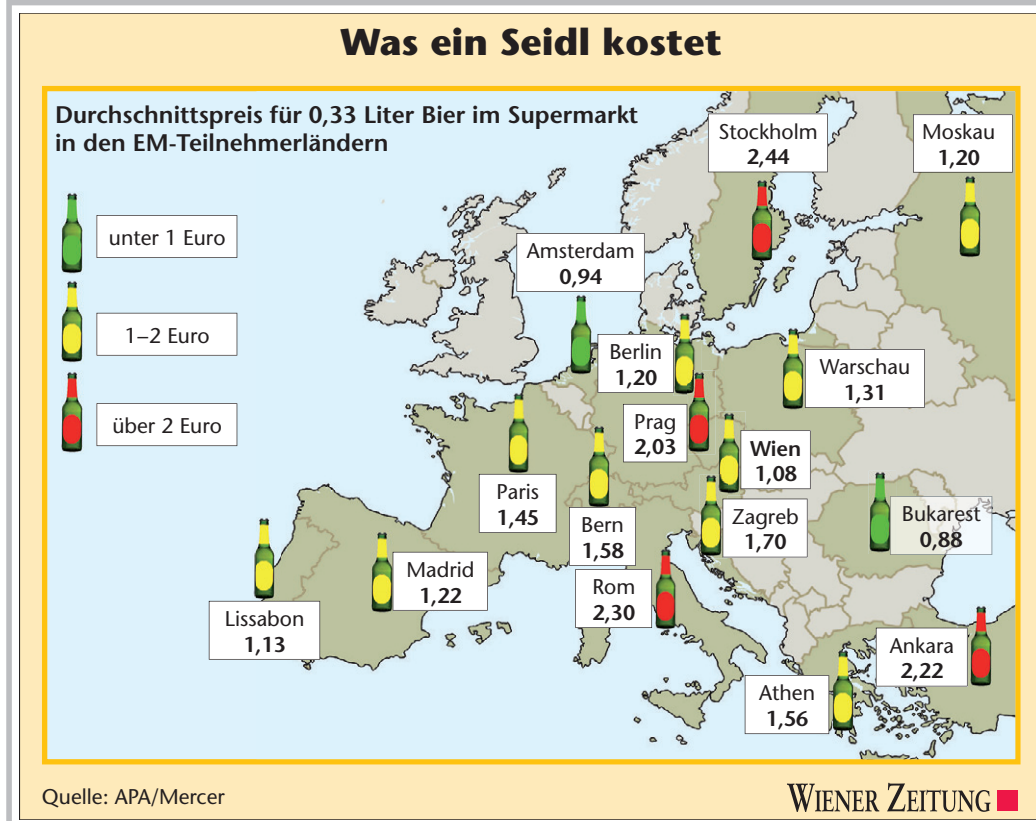
Die Entscheidungsträger in Nordirland können angesichts der bewegten Vergangenheit ihrer Heimat oftmals auf ein abenteuerliches Leben zurückblicken. Was der katholische Sinn-Fein-Politiker Gerry Kelly vorzuweisen hat, ist allerdings kaum zu übertreffen.

Kelly, 1953 in Belfast geboren, hat es bereits zu Staatssekretärs-Ehren gebracht. Davor, im Jahr 1973, wurde er allerdings wegen Bombenanschlägen zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Nach drei erfolglosen Versuchen, den schwedischen Gardinen zu entkommen, war Kelly 1983 am legendären „Maze prison escape“ beteiligt, dem europaweit größten Gefängnisausbruch seit 1945. Kelly und 37 andere Häftlinge rasten wild um sich schießend in einem Lieferwagen durch die Absperrungen, wobei Kelly einen Polizisten am Kopf verletzte.

Das Ansinnen der Sinn Fein, Kelly anlässlich der derzeit stattfindenden Regierungsumbildung zum Justizminister zu machen – er würde dann Gerichte und Polizei führen –, stieß beim Koalitionspartner jedenfalls auf massive Gegenwehr.



Kelly: „Schwerer Bursche“ als Minister. Foto: epa



Für die meisten Fans aus dem Ausland wird der Besuch bei der Fußball-EM in Österreich zumindest in einer Hinsicht ein Erfolgserlebnis: So billig wie in Wien ist das durchschnittliche Supermarkt-Bier sonst nur in Bukarest und Amsterdam. Die Schweizer Austragungstätte Bern hingegen liegt durchaus im Europa-Schnitt. Die Freude jener, die in Wien fürs kühle Blonde in der Flasche wesentlich weniger berappen müssen als in der Heimat, wird freilich am Eingang der Fanzone einen kleinen Dämpfer bekommen: Das billige Bier darf nämlich nicht mit hineingenommen werden. Und drinnen gibt's nur teures Carlsberg (4,50 Euro für 0,5 Liter).

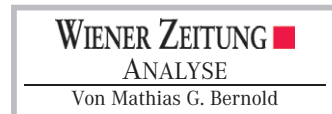
Haudegen gesucht: Stellvertreter-Wahl ist entscheidend für Obamas Erfolg

Er hat die Schlacht gewonnen, aber nicht den Krieg. Damit Barack Obama US-Präsident werden kann, braucht er jetzt vor allem einen politischen Haudegen für das Amt des Vizepräsidenten, der effizient umsetzen kann, was Obama wortreich verspricht.

Nach einem der längsten Vorwahlkämpfe der US-Geschichte, nach den Entbehrungen und Attacken der letzten Monate sehen ihn viele Kommentatoren ausgeblutet und am Boden. Leichte Beute für John McCain?

Wer weiß. Das zähe Ringen von Obama und Hillary Clinton und die damit verbundene Medienvorherrschaft könnten die Chancen der Demokraten aufs Präsidentenamt aber auch gestärkt haben. Über Monate hinweg trotzten sie dem Sperrfeuer der wechselseitigen Besudelungskamp-

agnen, überlebten die Strategien feindlicher Spin-Doktoren und die Beutezüge investigativer Reporter, die auf der Suche nach Skandalen ihre Vergangenheit durchwühlten. Inzwischen kennen die Wähler Obamas



Schwächen genau. Doch weder seine politische Unerfahrenheit noch der Umstand, dass er sich als erster Afroamerikaner für das Amt des Präsidenten bewirbt, konnten ihm etwas anhaben. Jetzt neue Munition gegen Obama zu finden, könnte schwierig sein.

Ob Obama Präsident wird, ist jedoch alles andere als fix. Sein Erfolg wird maßgeblich von der richtigen Wahl seines Vize abhängen.

Er muss einen Kandidaten finden, der das kompensiert, was ihm fehlt. Ein erfahrener Politiker muss es sein, gewitzt im Umgang mit der mächtigen Bürokratie auf dem Capitol Hill. Ein Taktiker mit Ellbogen, der Obamas Versprechen durchboxen kann. Nicht zuletzt auch, um in vier Jahren wieder gewählt zu werden, benötigt Obama jemanden in Washington, der auf der Machtmaschine spielt wie Paganini auf der Geige. Auch um gegen den Kriegsheldenstatus und den Guter-Onkel-Charme seines gereiften republikanischen Widersachers zu punkten, muss er einen Haudegen aufbieten. Derzeit werden die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Bill Richardson aus New Mexiko, Joe Biden oder Chris Dodd genannt.

Hillary Clinton wäre zwar durch ihre Erfahrung bes-

tens qualifiziert und hätte mit Bill einen der gewieftesten Politiker an ihrer Seite. Doch verbindet sie mit Obama ihr (politischer) Außen-seiterstatus. Für die Wähler wäre es wohl zu viel des Fortschrittes, erstmals einen Afroamerikaner und eine Frau wählen zu müssen.

Allerdings braucht Obama die 17 Millionen demokratischen Wähler, die für Clinton votiert haben. Nach Meinung der „Washington Post“ muss er sie jedoch nicht zur Stellvertreterin machen, damit sie ihn unterstützt: „Um Bill Clintons Erbe fortzuführen und ihre eigenen Ideen zu verwirklichen, muss sie ohnehin alles in ihrer Macht stehende unternehmen, damit Obama Präsident wird. Ob sie nun als Vizepräsidentin kandidiert oder nicht.“ Seite 5

analyse@wienerzeitung.at

PRESSESTIMMEN

Meinungen

„Ein Bündel von Streitpunkten bei elementaren Reformvorhaben hat Österreichs große Koalition in eine Krise gestürzt und die Führungsdebatte bei der SPÖ neu entfacht. Eine deutliche Absetzbewegung von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer als Parteichef hat eingesetzt. Vielfach wird bemängelt, die SPÖ-Führung treffe Abmachungen mit der ÖVP ohne Rücksprache in der Partei selbst. Parteigranden von der Parlamentspräsidentin über die Frauenministerin bis zum SPÖ-Bundesgeschäftsführer leugnen so lautstark eine Führungskrise in der Partei, dass die Debatte dadurch erst richtig in Schwung gekommen ist.

Wie tief die Debatte über Gusenbauer geht, signalisiert das Wiederaufleben der Idee, Parteiführung und Kanzleramt zu trennen.“

„Süddeutsche Zeitung“ über die Zwigigkeiten innerhalb der österreichischen Regierung

„Die Demokratische Partei hat Barack Obama erwählt und Hillary Clinton vor eine Entscheidung gestellt. Frau Clintons Ankündigung, sich Ende der Woche zurückzuziehen, ermutigt zu glauben, dass sie das richtige tut: aus dem Wahlkampf auszusteigen in einer Weise, die die Partei einen könnte. Dass sie ihre Kampagne vorerst nur ausgesetzt hat, deutet darauf hin, dass sie ihr Gesicht wahren und die Begeisterung ihrer Anhänger anerkennen will.

Es ist nun an Obama, zu entscheiden, ob er sie zu seiner Vizepräsidentin machen will. Aber wenn das Hillary Clintons Ziel ist, dann darf das keinesfalls eine Voraussetzung für ein Ende der Rivalitäten sein.“

„New York Times“ zur Situation nach den Präsidentschaftsvorwahlen der US-Demokraten

In der Gesundheitsdebatte fällt es schwer, den Durchblick zu bewahren. Hoffentlich hat ihn die Regierung.

„Meiner Meinung nach wurden Alfred Gusenbauer und Wilhelm Molterer von den Sozialpartnern gelegt. Anders kann ich mir nicht erklären, dass sich beide hinstellen und von Dingen reden, von denen sie keine Ahnung haben – und auch nicht haben können.“

Der, der das bei einem Hintergrundgespräch sagt, ist Reinhart Waneck, von 2000 bis 2004 FPÖ-Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Auch heute noch mischt Waneck in der Gesundheitspolitik mit, wenn gleich als Chef des Verbandes der leitenden Krankenhausärzte vulgo Primarii in einer zurückgenommeneren Form.

Hauptstadtszene

„Die wurden von den Sozialpartnern gelegt“

Vor allem die Blauäugigkeit, mit der etwa die Autidem-Regelung politisch argumentiert wurde, ist Waneck ein Dorn im Auge: Kanzler und Vizekanzler würden, so der praktizierende Röntgenologe, unisono betonen, dass chronisch Kranke von dieser Regelung ausgenommen würden, aber niemand sage, wer konkret als chronisch krank gelte. Und diese Unterscheidung, so versichert Waneck, falle in der Praxis alles andere als leicht.

Überhaupt, so Waneck, sei die Reform keine Reform, sondern trage im Gegenteil die Möglichkeit einer Verschlechterung der Situation in sich. Kern seiner Kritik ist die künftige Möglichkeit der Kassen, Einzelverträge mit Ärzten abzuschließen. Dies berge



Ein Arztvertreter, der Vorschläge hat: Reinhart Waneck. Foto: apa

indirekt die Gefahr, dass künftig auch nicht-ärztliche Anbieter als Vertragspartner der Krankenkassen auftreten könnten; die Gesundheitsversorgung drohe so vom öffentlichen Gut zu einem Geschäft zu mutieren. Bei diesem Punkt ist der Arzt Waneck völlig auf Linie der Arztvertreter: Nur die Vertragshoheit der Ärztekammer schiebe dem einen Riegel vor.

Im Unterschied zu seiner Kammervvertretung, die bisher auf jeden konstruktiven Gegenvorschlag verzichtet, geizt der Ex-Staatssekretär aber auch nicht mit Reformvorschlägen. Das liest sich ganz simpel:

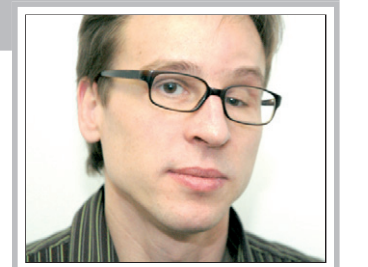
- Mehrwertsteuer auf Medikamente abschaffen. In Österreich beträgt diese 20 Prozent, im EU-Durchschnitt nur 7 Prozent.

- Selbstversicherung gegen Sportunfälle, etwa über einen 1-Euro-Aufschlag auf Skiliftkarten.

- Autounfälle sollen mit der Haftpflichtversicherung verbunden werden.

Diese drei Maßnahmen zusammen genommen könnten laut Waneck rund 5 Milliarden Euro für die mittelfristige Sanierung der maroden Kassen bringen – und die notwendige Zeit, eine Strukturreform des Gesundheitswesens gründlich vorzubereiten.

Österreich ist um eine neue Nachdenkschiene reicher: Der schwarze Perspektiven-Prozess ist abgeschlossen, sein Erbe soll nun „Denkfabrik Österreich. Zukunft im Ge-



spräch“ antreten. Angesiedelt ist die Nachfolgeorganisation der Perspektiven auf der Politischen Akademie der ÖVP.

Neben einer Veranstaltungsschiene wurden auch drei Arbeitskreise eingerichtet: Ein konservativer mit Generalsekretär Hannes Missethon an der Spitze; ein liberaler, um den sich Wissenschaftsminister Johannes Hahn kümmern soll, sowie ein christlich-sozialer, dem Arbeitsstaatssekretärin Christine Marek vorsteht.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/hauptstadtszene

hauptstadtszene@wienerzeitung.at